

Rüsselsheim, den 26.03.2019

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 14.03.2019 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Herr Stadtv.Vorsteher Grode teilt mit, dass bei der Protokollierung des TOP 18 – Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung – auf S. 11 versehentlich das Abstimmungsergebnis zur DS 438/16-21 – nicht aufgeführt wurde. Den Stadtv. wurde deshalb die korrigierte S. 11 (mit der Protokollierung des Abstimmungsergebnisses zur DS 438/16-21) auf den Plätzen hinterlegt.

Die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einschl. der vg. Korrektur wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Haushaltssicherungskonzept 2019 bis 2022 DS-Nr. 488a/16-21

Abstimmung über die DS 488a/16-21:

Zur DS 488a/16-21 – Haushaltssicherungskonzept 2019 bis 2022 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A) 1. bis A) 7. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B) mit 24 Ja-Stimmen bei 21 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 3 Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 einschl. Fortschreibung - Beschlussfassung DS-Nr. 457/16-21 und DS 457a/16-21

Zu den DS 457/16-21 und 457a/16-21 – Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 einschl. Fortschreibung – fasst die Stadtverordnetenversammlung gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses mit 24 Ja-Stimmen bei 21 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2019 einschließlich der Fortschreibung wird unter Ablehnung bzw. Zurückstellung weiterer Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2019 mit den in der Anlage 1 dargestellten Änderungen beschlossen und erhält damit die in der Anlage 2 genannte Fassung.

Die in der Anlage 1 als „verwiesen“ bezeichneten Anträge werden beschlossen und dem Magistrat zur Bearbeitung zugeleitet.

**TOP 4 Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den
Zeitraum 2018 – 2022 - Beschlussfassung
DS-Nr. 458/16-21**

Zur DS 458/16-21 – Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2018 – 2022 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.4. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B.5. mit 24 Ja-Stimmen bei 21 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TEIL I

**TOP 5 Darlehen Stand 31.12.2018
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 485/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht über den Stand der Darlehen (Anlage 1) zum 31.12.2018 zur Kenntnis.

**TOP 6 E-Government und Digitalisierung
-Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 80 der Bündnisfraktionen SPD,
WsR, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom
20.02.2018
DS-Nr. 487/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 487/16-21 – E-Government und Digitalisierung – wie folgt zur Kenntnis:

Kenntnisnahme:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt mit dieser Vorlage den Haushaltsbegleitantrag Nr. 80 der Bündnisfraktionen SPD, WSR, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität zum Haushaltsplanentwurf 2018 „Bericht zur Digitalen Verwaltung in Rüsselsheim“ für erledigt.

**TOP 7 Finanzbericht 2018
DS-Nr. 489/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 489/16-21 – Finanzbericht 2018 – wie folgt zur Kenntnis:

Kenntnisnahme:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Finanzbericht 2018 zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt ebenfalls zu Kenntnis, dass die Vorgaben des Kommunalen Schutzschilds um 3,9 Mio. € unterschritten werden.

**TOP 8 Kostenüberwachung von größeren Projekten
hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden
Projekte
DS-Nr. 493/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 493/16-21 – Kostenüberwachung von größeren Projekten; hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte – wie folgt zur Kenntnis:

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Stand der Kosten und Termine der laufenden größeren Projekte für das 4. Quartal 2018 zur Kenntnis.

**TOP 9 HH-Begleitantrag: Stellenplan Schwimmbad
Bezug: Antrag Nr. 64 der Fraktionen SPD, WsR, Bündnis 90/Die
Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 18.2.2018
DS-Nr. 486/16-21**

Zur DS 486/16-21 – HH-Begleitantrag: Stellenplan Schwimmbad; Bezug: Antrag Nr. 64 der Fraktionen der SPD, WsR, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität vom 18.2.2018 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.4. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 10 Streichung der übertariflichen Gewährung von Freizeit am Geburtstag
sowie an der Kerb
-Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
Bezug: Haushaltsbegleitantrag Nr. 68 der WsR-Fraktion zum
Haushalt 2018
hier: DS-Nr. 318/11-16 Haushaltskonsolidierung ab 2014;
Maßnahme Nr. 6
DS-Nr. 492/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 492/16-21 – Streichung der übertariflichen Gewährung von Freizeit am Geburtstag sowie an der Kerb – wie folgt zur Kenntnis:

Kenntnisnahme:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass mit dem von der Fa. Schüllermann für die Maßnahme Nr. 6, -Streichung der übertariflichen Gewährung von Freizeitausgleich am Geburtstag und an der Kerb-, bezifferten Konsolidierungspotential in Höhe von jährlich 200.000,- Euro kein finanzieller Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erzielt werden kann.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass die mit dem Gesamtpersonalrat abgeschlossene Dienstvereinbarung über die Gewährung von Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge vom 01.02.2016, in der geänderten Fassung vom 16.06.2016, nicht gekündigt wird.

**TOP 11 Personalgewinnung und -bindung im Kitabereich; hier: Ergebnis der Überprüfung der derzeitigen Eingruppierung, mit dem Ziel der Höhergruppierung in die Entgeltgruppe S 10 TVöD
Bezug: DS 397/16-21 - Personalgewinnung und -bindung im Kitabereich
DS-Nr. 491/16-21**

Zur DS 491/16-21 – Personalgewinnung und –bindung; hier: Ergebnis der Überprüfung der derzeitigen Eingruppierung mit dem Ziel der Höhergruppierung in die Entgeltgruppe S 10 TVöD; Bezug: DS 397/16-21 – Personalgewinnung und –bindung im Kitabereich – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig, auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 12 Straßenbeleuchtung bis 1:00 Uhr - Brunnenstraße / Oppenheimer Straße
Bezug: Antrag Nr. 33 der SPD-Fraktion vom 12.09.2018
DS-Nr. 494/16-21**

Zur DS 494/216-21 – Straßenbeleuchtung bis 1:00 Uhr – Brunnenstraße / Oppenheimer Straße; Bezug: Antrag Nr. 33 der SPD-Fraktion vom 12.09.2018 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer I. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer II. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 13 Busverbindung zwischen Bauschheim und Ginsheim
Bezug: Antrag Nr. 18 der Fraktion WsR vom 14.11.2017 (Prüfantrag zur Verweisung)
DS-Nr. 495/16-21**

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Ortsbeirates Bauschheim fasst die Stadtverordnetenversammlung einstimmig folgenden Beschluss:

I. Kenntnisnahme

Seit dem Jahre 2003 wurde eine Busverbindung des Rüsselsheimer Ortsteils Bauschheim an Ginsheim wiederholt in den politischen Gremien behandelt.

Zuletzt wurden 2013 für die Option einer Weiterführung der Linie 60 der Stadtwerke Mainz über Ginsheim (Friedhof) – Bauschheim-Backesgasse – Lengfeldstraße – Balkanstr. – Europaring – Rückfahrt über die Brunnenstraße/Wolfinger Straße nach Ginsheim Friedhof die Kosten geschätzt und in der DS 206/11-16 am 6.2.2013 in der Stadtverordnetenversammlung erörtert. Demnach ist mit dieser Variante mit Kosten von ca. 100.000 Euro/Jahr (nur Mo-Sa) zu rechnen (Stand: 2013). In der Folge beschloss die Stadtverordnetenversammlung diese Option nicht weiter zu verfolgen.

Unstrittig war zu jeder Zeit, dass die Federführung bei der Einrichtung des „Lückenschlusses“ bei der Lokalen Nahverkehrsorganisation Groß-Gerau (LNVG GG) liegen muss, da sich der Hauptteil der Verbindung auf Kreisgebiet befindet und der Kreis die alleinige Zuständigkeit bei der Einrichtung der Verkehre hält. Auf der anderen Seite sind aber nach Gesetzeslage die Kosten der Verbindung, soweit sie das Stadtgebiet bedienen, von Rüsselsheim zu tragen. Zusätzlich sind die weiteren Infrastruktureinrichtungen zu errichten und zu bezahlen (u.a. Haltestellen, Müllentsorgung, Winterdienst). Eine Kostenbeteiligung hat die LNVG GG abgelehnt, unter anderem da die Rentabilität der Linie in Zweifel gezogen wurde.

II. Beschluss

Der Magistrat wird beauftragt mit Variante 1:

Variante 1:

Analog der Überlegungen aus den Jahren 2012 / 2013 wird erneut mit der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MGV) in Kontakt getreten und über eine Verlängerung der Linie 60 verhandelt. Das Verhandlungsergebnis ist, inkl. der Kosten für die Stadt Rüsselsheim, in gesonderter Drucksache der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Abarbeitung der Variante 1 ist grundsätzlich durch städtische Verwaltung leistbar. Kosten für eine externe Begleitung werden nicht angenommen. Der Zeitaufwand ist abschätzbar, da er sehr stark von exogenen Einflüssen, wie der Verhandlungsbereitschaft der MGV, abhängt.

Die Variante 2 wird als Prüfauftrag an den Magistrat verwiesen:

Variante 2:

Im Zuge der Gebietsentwicklung der Eselswiese ist das Liniennetz der Stadtwerke Rüsselsheim (SWR) und dessen Taktung für Bauschheim (Linie 6), zu überarbeiten. Dabei ist zu ermitteln, ob und zu welchen Konditionen eine direkte Busanbindung zwischen Bauschheim und Ginsheim berücksichtigt werden kann. Das Ergebnis ist dann als Drucksache der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Die Abarbeitung der Variante 2 kann erst nach Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Eselswiese starten, da für eine Neuaufsetzung der Linienführung 6 das künftige Straßennetz in der Eselswiese feststehen muss. Es wird angestrebt, diese Betrachtung durch die Verwaltung in Abstimmung mit der SWR zu erarbeiten.

**TOP 14 Wahl der von der Stadtverordnetenversammlung zu berufenden Vertreter/innen in die Verbandsversammlung der ekom21-KGRZ Hessen
DS-Nr. 496/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 496/16-21 – Wahl der von der Stadtverordnetenversammlung zu berufenden Vertreter/innen in die Verbandsversammlung der ekom21 – KGRZ Hessen – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 15 Berufung eines Mitglieds der Frauenkammer hier: Wildwasser Kreis Groß-Gerau e.V.
DS-Nr. 497/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 497/16-21 – Berufung eines Mitglieds der Frauenkammer; hier: Wildwasser Kreis Groß-Gerau e.V. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TEIL II

**TOP 16 Wahl von Mitgliedern für das Ortsgericht Rüsselsheim-Stadt
DS-Nr. 504/16-21**

Zur DS 504/16-21 – Wahl von Mitgliedern für das Ortsgericht Rüsselsheim-Stadt – fasst die Stadtverordnetenversammlung einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

- **Frau Elif Cugali, wh. in 65428 Rüsselsheim am Main, Ludwigstr. 9 D, zur Ortsgerichtsvorsteherin**
- **Herrn Jürgen Franz Keck, wh. in 65428 Rüsselsheim am Main, Karlsbader Str. 22, zum stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteher**
- **Frau Barbara Zahn, wh. in 65428 Rüsselsheim am Main, Donaustr. 22, zur Ortsgerichtsschöffin**

des Ortsgerichtes Rüsselsheim-Stadt zu wählen.

**TOP 17 Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2019 einschl. Fortschreibung - Beschlussfassung
DS-Nr. 461/16-21 und DS 461a/16-21**

Zur DS 461/16-21 und 461a/16-21 – Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2019 einschl. Fortschreibung – liegen folgende Änderungsanträge vor:

- Änderungsantrag des Stadtv. Herrn Prof. Dr. Flörsheimer vom 23.01.2019
- Änderungsantrag der Fraktionen WsR und CDU vom 14.03.2019.

Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer zieht seinen Änderungsantrag vom 23.01.2019 zurück.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen WsR und CDU vom 14.03.2019:

Der Änderungsantrag der Fraktionen WsR und CDU:

„4. Eine Verringerung des Defizits um jährlich 2 % bis 2024 beginnend mit dem Wirtschaftsplan 2019.

Das unter Punkt 1) der DS angeführte Betriebsergebnis bzw. der von der Stadt Rüsselsheim zu übernehmende finanzielle Ausgleich beläuft sich damit auf nicht 6.777.800 €, sondern ist mit 6.642.244 € um 135.556 € (2 %) verringert. Hierzu sind Erträge und Aufwendungen anzupassen.“

wird mit 25 Nein-Stimmen bei 20 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über die DS 461a/16-21:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 461a/16-21 – Kultur123 Stadt Rüsselsheim Fortschreibung Wirtschaftsplan 2019 – mit 25 Ja-Stimmen bei 20 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 18 Prüfung der Einrichtung eines Bildungs- und Kulturzentrums
DS-Nr. 483/16-21**

Zur DS 483/16-21 liegt der beigefügte Änderungsantrag des Stadtv. Herrn Prof. Dr. Flörsheimer vom 23.01.2019 vor.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Stadtv. Herrn Prof. Dr. Flörsheimer vom 23.01.2019:

Der Änderungsantrag des Stadtv. Herrn Prof. Dr. Flörsheimer:

„Aufbau und Betrieb des Bildungs- und Kulturzentrums werden aus dem Etat von Kultur123 bezahlt. Der Haushalt einschließlich Finanzplanung bis 2024 werden dazu nicht aufgestockt.“

wird mit 43 Nein-Stimmen bei 1 Ja-Stimme **abgelehnt**.

Abstimmung über die DS 483/16-21:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 38 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung folgenden Beschluss:

A Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

1. dass zur Ermittlung des Einsparpotentials, welches durch Aufgabe, Veräußerung oder anderweitige Verwendung derzeit von Kultur123 genutzter Räumlichkeiten entstehen kann, externer Sachverstand notwendig ist. Hierfür ist ein zusätzlicher

Betrag von 10.000 € im Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebs bereitzustellen.

2. dass weitere Gespräche mit der Eigentümerschaft des Opel Altwerks zu führen sind, um einen Überblick über die finanziellen Rahmenbedingungen zu erhalten. Hierüber ist der Betriebskommission erneut zu berichten.
3. dass sich die Betriebskommission von Kultur123 Stadt Rüsselsheim mit der Vorlage unter der DS-Nr. 09-2018 in ihrer Sitzung vom 05.12.2018 beschäftigt hat. Sie empfiehlt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bei einer Enthaltung mehrheitlich, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

B Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt weiter:

1. dass das Ziel, die Einrichtung eines Bildungs- und Kulturzentrums weiter verfolgt wird.
2. dass die Ergebnisse der AG Raum für Kunst & Kultur, die sich aus der Kulturkonferenz 2017 gegründet hatte, in die weiteren Beratungen einfließen sollen.
3. dass das Kulturzentrum „Das Rind“ in die Prüfung mit einzubeziehen ist, damit der prekären Gebäudesituation des Kulturzentrums am Standort Mainstraße und den aktuellen Veränderungen im unmittelbaren Umfeld des Standortes Rechnung getragen wird.
4. dass in die Prüfung die frei werdenden Räume
 - a) der GS Innenstadt
 - b) andere frei werdende Räume
 - c) das Opel Altwerkeinbezogen werden.
5. dass der Magistrat aufgefordert wird, eine nichtöffentliche und überfraktionelle Arbeitsgruppe unter Einbeziehung Externer zur Begleitung des Prüfprozesses einzuberufen.

TOP 19 Finanzielle Förderung und veranstaltungstechnische Ausstattung des soziokulturellen Zentrums "das Rind" DS-Nr. 490/16-21

Zur DS 490/16-21 – Finanzielle Förderung und veranstaltungstechnische Ausstattung des soziokulturellen Zentrums „das Rind“ – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.10. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. mit 36 Ja-Stimmen bei 7 Nein-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 20 196. Vergleichende Prüfung „Kommunaler Wohnungsbau“ DS-Nr. 484/16-21

Zur DS 484/16-21 – 196. Vergleichende Prüfung „Kommunaler Wohnungsbau“ – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1.) bis B. 7.) mit 27 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 21 Anfragen und Mitteilungen

Frau Stadtv. Theodoridou teilt mit, dass im nächsten Jahr das 50-jährige Jubiläum der Eingemeindung des Rüsselsheimer Stadtteiles Bauschheim ansteht. Sie fragt, ob seitens der Stadt hierzu Veranstaltungen geplant sind.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass man im ständigen Austausch mit dem Bauschheimer Ortsvorsteher Herrn Stahl stehe. Eine Veranstaltung ist um den 01. Mai 2020 geplant. Konkretes wird noch ausgehandelt.

Herr Stadtv. Krug weist auf einen Appell des Opel Betriebsrates hin, dass die Fa. Opel Auszubildende unbefristet übernehmen und 151 Auszubildende einstellen soll.

Frau Stadtv. Steinborn weist auf die neue Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung hin und fragt, ab welchem Zeitpunkt Niederschriften der Sitzungen der politischen Gremien nur noch digital und nicht mehr zusätzlich in Papierform zur Verfügung gestellt werden.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode antwortet, dass hierzu noch eine Abfrage bei den Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern erfolgen wird.

Herr Stadtv. Vogt fragt nach den Auswirkungen der Ansiedlung des neuen EDEKA-Marktes im Blauen See/Königstädten.

Herr Stadtrat Kraft antwortet, dass die großflächige Ansiedlung dieses EDEKA-Marktes regionalplanerische Auswirkungen hat. Es muss sichergestellt werden, dass die Restflächen nicht ebenfalls an Einzelhändler gehen. Im Rahmen der Baugenehmigung des neuen Marktes werden derzeit die Träger öffentlicher Belange um Stellungnahme gebeten.

Herr Stadtv. Kleinböhl spricht die Berichterstattung hinsichtlich prekärer Verkehrssituationen zum Thema „Elterntaxi“ an. Hier sollte ein runder Tisch etabliert werden, um Lösungen zu finden. Er fragt nach dem Sachstand.

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass dies ein leidvolles Thema sei, das viele kreative Ideen verlangt. Es werde Monat für Monat nachgebessert. Eine Überwachung nicht nur mit Hinweisschildern sondern auch durch Einsatz von Mitarbeitern sei eine große Herausforderung.

Herr Stadtv. Kleinböhl erklärt, dass gemäß dem Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke/Liste Solidarität „Verkehrssituation an Rüsselsheimer Schulen“ ein runder Tisch mit allen Beteiligten, u.a. auch mit Elternvertretern und Lehrern initiiert werden sollte. Er fragt, wann dies umgesetzt wird.

Frau Stadträtin Flörsheimer teilt hierzu mit, dass ein solcher runder Tisch exemplarisch derzeit an 4 Schulen eingerichtet wurde und Lösungsmöglichkeiten geprüft werden, wie

die Kinder zur Schule und von dort wieder nach Hause kommen. Dieser gesamte Prozess wird professionell begleitet, u.a. durch die Mitarbeit der Polizei und des städtischen Ordnungsamtes. Wenn dieser Prozess an den 4 Schulen abgeschlossen ist, wird ein runder Tisch an weiteren Schulen folgen.

Herr Stadtrat Kraft spricht den aktuellen Ampelausfall in der Brunnenstraße in Bauschheim an.

Er informiert, dass es sich hier um eine sehr alte Ampelanlage handelt und in Kürze übergangsweise ein Provisorium installiert wird.

Herr Stadtv. Vogt teilt mit, dass hinsichtlich der Terminierung einer Sondersitzung zu dem Thema Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR zurzeit der 26.3.2019 im Gespräch ist.

Herr Bürgermeister Grieser gibt eine Erklärung zur Aussage des Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer ab, das GPR-Klinikum würde eine schwarze Null schreiben. Dies habe er in der Bürgerversammlung am 6.12.2018 so nicht gesagt, teilt Herr Bürgermeister Grieser mit. Auch die Presse habe dies nicht so verstanden. Er habe gesagt, dass die schwarze Null das Ziel des GPR Klinikums sei. Darüber hinaus seien alle Zahlen öffentlich bekannt.

Herr Bürgermeister Grieser fordert Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer auf, seine Aussage richtig zu stellen und sich zu entschuldigen.

Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer erklärt, dass er bei seiner Beobachtung und Beschreibung bleibt.

STADT RÜSSELSHEIM

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSS
DIE VORSITZENDE

B e r i c h t

an die Stadtverordnetenversammlung

betreffend: **Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2 0 1 9 inkl. Fortschreibung**

- DS-Nr.: 457 und 457a/16-21 -

I.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushaltsplan-Entwurf für das Haushaltsjahr 2019 inkl. Fortschreibung sowie die Anträge der Fraktionen zur DS-Nr. 457/16-21 in seiner Sitzung am 26.02.2019 beraten.

II.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die Haushaltssatzung 2019 einschließlich der Fortschreibung wird unter Ablehnung bzw. Zurückstellung weiterer Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2019 mit den in der Anlage 1 dargestellten Änderungen beschlossen und erhält damit die in der Anlage 2 genannte Fassung.

Die in der Anlage 1 als „verwiesen bezeichneten Anträge werden beschlossen und dem Magistrat zur Bearbeitung zugeleitet.

Rüsselsheim, 26. Februar 2019

E.d.R.



(Trappel)
Schriftführer



(Vogt)
Vorsitzender

Anlagen

Anlage 1

Änderungsbeschlüsse zum Entwurf der Haushaltssatzung 2019 inkl. Fortschreibung

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	Veränderung Haushalt 2019
A. Ergebnishaushalt										Defizit- veränderung
1	Ausländerbeirat	010100020/ 6867400	Seminare und Veranstaltungen, Erhöhung des Haushaltsansatzes						zugestimmt	2.380
2	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	010102520/ 6994132	Aktionsplan Charta Gleichstellung, Erhöhung des Haushaltsansatzes						zugestimmt	3.400
3	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	010102530/ 6994107	Integrationslotsen, Erhöhung des Haushaltsansatzes						zugestimmt	120
4	CDU	010103100/ 7128520	Zuschuss an Frauenzentrum, Erhöhung des Haushaltsansatzes			abgelehnt				
5	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	010103100/ 7128520	Frauenzentrum fördern, Erhöhung des Haushaltsansatzes			zugestimmt				20.000
6	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	030020000/ 6867300	Schulveranstaltungen, Erhöhung des Haushaltsansatzes						zugestimmt	110
7	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	030020000/ 6994120	Öffnung von Schule, Erhöhung des Haushaltsansatzes						zugestimmt	640
8	CDU	0403334000/ 7128831	Zuschuss Opelvillen Bauunterhaltung, Erhöhung des Haushaltsansatzes				in Hufa verschoben		abgelehnt	
9	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	050347000/ 7299800 (Kontakt)	Zuschuss an Verein "Kontakt Soziale Dienste", Erhöhung des Haushaltsansatzes			zugestimmt				28.200
10	SPD, Linke, FWR/FNR	080055000/ 7128862	Zuschuss an Sportvereine, Erhöhung des Haushaltsansatzes				zugestimmt			41.000
11	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	090161520/ 6994190	Wohnumfeld DiBu II, Erhöhung des Haushaltsansatzes						zugestimmt	450
12	CDU	Bauunterhaltung	Erhöhung der Bauunterhaltung in 2019 und 2020					abgelehnt		

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	Veränderung Haushalt 2019
B. Investiver Finanzhaushalt										Krediter- mächtigung
13	SPD, Grüne, FWR/FNR	010100000/ 0893210/ GWGEDV2019	Tablets für Stadtverordnete, Erhöhung des Haushaltsansatzes						zugestimmt	15.000
14	CDU	Investitionsnummer: 04033700AG	Aus der Finanzplanung werden die 950.000€ für die Neugestaltung der Freiflächen vor den Opelvillen ersatzlos gestrichen					abgelehnt		
C. Stellenplan										Veränderung Stellenplan/ Defizit- veränderung
15	Linke	010102050	Verwaltungssteuerung und -organisation, Reduzierung Stellenplan						abgelehnt	
16	Linke	010102100	Personalwesen, Erhöhung Stellenplan						abgelehnt	
17	SPD, Grüne, Linke, FWR/ FNR	010102110	Sozialarbeiter/innen i. A., Erhöhung Stellenplan			zugestimmt				+ 8 Stellen
			Personal- und Versorgungsaufwendungen (ab 01.09.2019)							75.000
18	Linke	020211500	Ordnungsangelegenheiten, Reduzierung Stellenplan						abgelehnt	
19	Linke	020211510	Stadtpolizei, Reduzierung Stellenplan						abgelehnt	
20	SPD, Grüne, FWR/ FNR	130412000	Natur- und Umweltschutz/ Klimaschutzmanagement, Erhöhung Stellenplan					in Hufa verschoben	zugestimmt	+ TvöD EGr.11
			Zuweisung des Bundes							-14.600
			Personal- und Versorgungsaufwendungen (ab 01.09.2019)							26.500

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	Veränderung Haushalt 2019
D. Haushaltsbegleitanträge										
21	Jugendhilfe- ausschuss		Tagespflegepersonen			zugestimmt				verwiesen
22	FWR/FNR		Nutzungsmöglichkeiten für das Stadttheater				zugestimmt			verwiesen
23	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Bienenfreundlichkeit					zugestimmt		verwiesen
24	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Sanddüne		zugestimmt			zugestimmt		verwiesen
25	SPD, Grüne, FWR/FNR		Verbesserung der Verkehrssituation an der Kreuzung Bensheimer Straße, Rathausstraße, Konrad-Adenauer-Ring in Königstädten	zugestimmt				zugestimmt		verwiesen
26	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Zuwegung Bahnsteig 2					zugestimmt		verwiesen
27	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Fahrgastzahlen der Buslinien der Stadtwerke Rüsselsheim						zugestimmt	verwiesen
28	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim			zugestimmt				verwiesen
29	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Fortschreibung Nahverkehrsplan						zugestimmt	verwiesen
30	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Fortschreibung Sportentwicklungsplan				zugestimmt			verwiesen
31	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Konzeption von Schulhofgestaltung					zugestimmt		verwiesen
32	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Städtischen ÖPNV attraktiver gestalten						zugestimmt	verwiesen
33	SPD, Grüne, FWR/FNR, Linke		Richtlinien der jährlichen Sportlerehrung aktualisieren				zugestimmt			verwiesen
34	CDU		Kitaneubauten und Schulsanierungen / -neubauten durch Generalunternehmer					abgelehnt	zurück- gezogen	

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	Veränderung Haushalt 2019
35	CDU		Bericht zur Finanzlage der Stadtwerke Rüsselsheim, des GPR und der Gewobau						abgelehnt	
36	CDU		Arbeitsgruppe für Produktziele und Kennzahlen sowie Struktur des Haushaltsplans						zugestimmt	verwiesen
37	CDU		Sanierung, Neubau von Gerhart-Hauptmann-Schule und Grundschule Königstädten	Pkt. 1 ja Pkt.2 nein				in Hufa verschoben	zurück- gezogen	

Liste der Anträge zum Entwurf der Haushaltssatzung 2019

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	
A. Ergebnishaushalt										Defizit- veränderung
38	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR	130412000/ 7128700	Zuschuss an Naturschutzverbände, Erhöhung des Haushaltansatzes					zugestimmt		1.000
C. Stellenplan										Veränderung Stellenplan/ Defizit- veränderung
39	SPD, Grüne, Linke	060546000	Kinder- und Jugendhäuser, Erhöhung Stellenplan	zugestimmt						+0,25 TVöD S 11b
			Personal- und Versorgungsaufwendungen (ab 01.09.2019)							5.500
D. Haushaltsbegleitanträge										
40	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR		Entwicklung eines Konzepts für ein mobiles Stadtbüro	zugestimmt	zugestimmt				zugestimmt	verwiesen
E. Investitionsprogramm										
41	Linke	Investitionsnr.: 12016300DB	Sanierung der Freiflächen des Einkaufszentrums Königstädten für die Jahre 2020,2021	abgelehnt				abgelehnt		

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozUJA	KSSpA	PBUA	HuFA	Veränderung Haushalt 2019
Nachgereichte Hauhalts-/begleitanträge (Eingang am 11.02.2019)										
A. Ergebnishaushalt										
42	WsR	Produktbereiche 1-15	pauschale Einsparvorgabe bleibt bei 13,041 % zur Reduzierung der Personalaufwendungen, Reduzierung des Haushaltsansatzes							abgelehnt
43	WsR	040030000	Das Produkt Kultur-Steuerung entfällt; der Kulturpreis, Förderpreis und die Verdienstplakette übernimmt Kultur 123, Reduzierung des Haushaltsansatzes				in Hufa verschoben			abgelehnt
44	WsR	0402	Zuschuss an Kultur 123, Reduzierung des Haushaltsansatzes				in Hufa verschoben			abgelehnt
45	WsR	080157000/ 66*****	Restbuchwert des Lachebades wird als Sonderabschreibung erfasst							zurück- gezogen
46	WsR	15	Schaffung von Produkt "Veranstaltungsgelände Mainvorland"							Im Rahmen der AG Haushalt zu beraten.
47	WsR	1501/ 6994067	Erstellung Gutachten zu Einzelhandel entfällt, Reduzierung des Haushaltsansatzes							abgelehnt
B. Investiver Finanzhaushalt										
48	WsR		Renovierung bzw. Neuschaffung Containeranlage für Obdachlose, Erhöhung des Haushaltsansatzes							abgelehnt
C. Stellenplan										
49	WsR		Beschränkung der neuen Stellen auf Personal für Kindertagesstätten							abgelehnt
D. Haushaltsbegleitanträge										
50	WsR		Parkhäuser Frankfurter Straße und Löwenplatz sollen vor der Sanierung verkauft werden							zugestimmt verwiesen
E. Investitionsprogramm										
51	WsR		Sanierung bzw. Neubau Albrecht Dürer Schule wird auf 2020 vorgezogen	abgelehnt						abgelehnt

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	Veränderung Haushalt 2019
Nachgereichte Hauhalts-/begleitanträge (Eingang am 18.02.2019)										
A. Ergebnishaushalt										Defizit- veränderung
52	FDP	010102050/6774900	E-Government [Antrag in HuFA geändert auf 40.000,- EUR.]						zugestimmt	20.540
53	FDP	040132100/6993287	Mitmachausstellung				abgelehnt			
54	FDP	130412000/6775000	Verfahrenskosten Flughafenerweiterung					abgelehnt		
C. Stellenplan										
55	FDP		Beschränkung der neuen Stellen auf Kitas und Schulen 6-monatige Wiederbesetzungssperre						zurück- gezogen	

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	
Nachgereichte Hauhalts-/begleitanträge (Eingang am 19.02.2019)										
A. Ergebnishaushalt										Defizit- veränderung
56	Jugendhilfe- ausschuss	030020000/6063200	Graffiti-Projekt an Schulen			zugestimmt				3.000
D. Haushaltsbegleitanträge										
57	Jugendhilfe- ausschuss		Konzept für einen Jugendtreff in der Innenstadt bis 2021			zugestimmt				verwiesen

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozIJA	KSSpA	PBUA	HuFA	
Nachgereichte Haushalts-/begleitanträge im KSSp - Ausschuss (Eingang am 20.02.2019)										
D. Haushaltsbegleitanträge										
58	SPD, Grüne, Linke, FWR/FNR		Finanzplanung Opel - Villen				in Hufa verschoben		zugestimmt	verwiesen

Antrag	Antragsteller	Produkt/ Sachkonto	Betreff	OB Kö	OB Bau	SozUA	KSSpA	PBUA	HuFA	Veränderung Haushalt 2019
Nachgereichte Haushalts-/begleitanträge (Eingang am 26.02.2019)										
D. Haushaltsbegleitanträge										
59	Grüne		Prüfung Zuwendung an Vereine						zugestimmt	verwiesen

Defiziterhöhung:

213.240

davon:

- Erhöhung der Erträge

14.600

- Erhöhung der Aufwendungen

227.840

Erhöhung der Kreditermächtigung:

15.000

Anlage 2

HAUSHALTSSATZUNG der Stadt Rüsselsheim am Main für das Haushaltsjahr 2019

Aufgrund der §§ 94 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 21. Juni 2018 (GVBl. I S. 291) hat die Stadtverordnetenversammlung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 wird

im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	193.556.395 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	202.860.203 EUR
mit einem Saldo von	- 9.303.808 EUR
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	0 EUR
mit einem Fehlbedarf vom	9.303.808 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	- 2.978.548 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	15.000.405 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	45.924.510 EUR
mit einem Saldo von	- 30.924.105 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	30.924.105 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	7.273.000 EUR
mit einem Saldo von	23.651.105 EUR
mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von	10.251.548 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2019 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 30.924.105 EUR festgesetzt.

Vermerk:

Der Gesamtbetrag der im Haushaltsjahr 2019 vorgesehenen Kreditaufnahme enthält einen Betrag in Höhe 1.200.000,- EUR, der zur Umsetzung der Maßnahmen nach dem Kommunalinvestitionsprogramm notwendig ist. Dieser Betrag gilt nach § 103 Abs. 2 Satz 1 HGO als genehmigt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2019 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 32.597.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2019 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 115.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf | 680 v.H. |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 800 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer auf | 420 v.H. |

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

Rüsselsheim am Main, den

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main

.....
Udo Bausch
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Mathias Flörsheimer
Stadtverordneter
Königsberger Str. 23
65428 Rüsselsheim
E-Mail: florshg@web.de
Tel.: 06142/2204764

23. Januar 2019

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
z. Hd. Frau Breunig

Wirtschaftsplan Kultur 123
DS 461

Änderungsantrag

1. Das Defizit 2019 im Betriebsergebnis wird auf maximal 6.600.000 Euro begrenzt.
2. In den Folgejahren bis 2024 wird das Defizit im Betriebsergebnis jährlich um 200.000 Euro verringert, d.h. im Jahre 2024 darf das Defizit maximal 5.600.000 Euro betragen.

Begründung

Der Kulturbetrieb wird immer mit einem Defizit abschließen. Das Defizit muss aber verringert werden. Der vorgelegte Wirtschaftsplan sieht eine jährliche Steigerung des Defizits um 200.000 Euro vor. Richtig wäre es stattdessen, jährlich moderat zu kürzen.

Mathias Flörsheimer

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 14.03.2019

Änderungsantrag

zur DS 461/16-21
Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2019

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

4. eine Verringerung des Defizits um jährlich 2% bis 2024 beginnend mit dem Wirtschaftsplan 2019.

Das unter Punkt 1) der DS angeführte Betriebsergebnis bzw. der von der Stadt Rüsselsheim zu übernehmende finanzielle Ausgleich beläuft sich damit auf nicht 6.777.800 €, sondern ist mit 6.642.244 € um 135.556 € (2%) verringert. Hierzu sind Erträge und Aufwendungen anzupassen.

Begründung:

Eine moderate Verringerung des Defizits um jährlich 2% steht vor dem Hintergrund, dass dem im Wirtschaftsplan 2019 angekündigten Preisanstieg um etwa 2 % entgegengewirkt werden soll. Dieser Schritt ist notwendig, um die finanzielle Situation der Stadt Rüsselsheim zu verbessern.



Michael Ohlert

Fraktionsvorsitzender



Joachim Walczuch

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Mathias Flörsheimer
Stadtverordneter
Königsberger Str. 23
65428 Rüsselsheim
E-Mail: florshg@web.de
Tel.: 06142/2204764

23. Januar 2019

Herrn
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
z. Hd. Frau Breunig

**Bildungs- und Kulturzentrum im Altwerk
Änderungsantrag zu DS 483**

Änderungsantrag

Aufbau und Betrieb des Bildungs- und Kulturzentrums werden aus dem Etat von Kultur123 bezahlt. Der Haushalt einschließlich Finanzplanung bis 2024 werden dazu nicht aufgestockt.

Begründung

Kultur123 weist ein hohes Defizit aus, das auf Dauer nicht tragbar ist. Weitere Defizite durch ein zusätzliches Bildungs- und Kulturzentrum sind erst recht nicht tragbar. Wenn sich Kultur 123 auf der einen Seite erneuert und modernisiert, müssen die Kosten an anderer Stelle kompensiert werden.

Mathias Flörsheimer